



## Bremens Selbständigkeit sichern

### *I. Schulden wachsen unaufhaltsam*

1. Die Verschuldung der bremischen Haushalte betrug zum Ende 2012 ca. 19,3 Milliarden Euro. Gegenüber dem Vorjahr ist die Verschuldung um ca. 900 Mio. Euro gewachsen. Ohne Berücksichtigung der Zinsbelastung ergab sich ein Defizit von ca. 220 Mio. Euro. Bremen war somit noch nicht einmal in der Lage, einen ausgeglichenen Primärhaushalt (Haushalt ohne Schuldendienst) vorzulegen. Nach Artikel 109 Abs. 3 Grundgesetz sind die Länder verpflichtet ab dem 01.01.2020 Haushalte vorzulegen, die ohne Kredite auskommen. Bei unveränderter Gesetzeslage über die Verteilung der Steuern ist es ausgeschlossen, dass Bremen dieses Ziel erreicht.
2. Bremens finanzielle Not beruht nicht auf fehlender Wirtschaftskraft. Sie hat zwei Gründe: Zum einen ist sie Folge der gesetzlichen Regelungen über die Verteilung der Steuern. Zum anderen hat eine falsche Wirtschafts-, Finanz- und Personalpolitik die Schulden vergrößert. Bei einem Bruttoinlandsprodukt pro Kopf erreicht Bremen im Bundesländervergleich den zweiten Platz hinter Hamburg.
3. Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner Entscheidung von 1992 Bremen eine unverschuldete Haushaltsnotlage bescheinigt und den Gesamtstaat nach dem bündischen Prinzip zu einem Ausgleich verpflichtet. Auf dieser Grundlage hat das Bundesverfassungsgericht den Stadtstaaten eine zusätzliche Finanzausstattung zugesprochen wegen ihrer oberzentralen Funktion als Hauptstädte ohne Umland. Diese Erhöhung pro Einwohner von 35 % bleibt hinter der Finanzausstattung zurück, die in den Flächenländern die Hauptstädte aufgrund des landeseigenen Finanzausgleichs erhalten.
4. Trotz historisch niedrigster Zinsen wachsen die bremischen Schulden unaufhaltsam weiter! Dem Rot-Grünen Senat und den ihn tragenden Fraktionen von SPD und Grünen sind diese Fakten bekannt. Als verantwortliche Regierung haben sie die Pflicht, Wege zur Lösung dieses für die Zukunft Bremens existentiellen Problems aufzuzeigen. Dieser Aufgabe werden sie nicht gerecht. Senat und Regierungsfraktion handeln vielmehr nach dem Motto „Nach uns die Sintflut“.

### *II. Das System der Steuerverteilung muss geändert werden.*

Durch das gegenwärtige System der Steuerverteilung werden Eigenanstrengungen durch Verringerung der Ausgaben und zusätzliche Investitionen nicht belohnt sondern bestraft. Es liegt im Interesse Bremens, dieses System zu verändern, da die bremischen Schulden wachsen. Die Geberländer Bayern und Hessen werden erneut vor dem Bundesverfassungsgericht klagen. Der Senat ist deshalb aufgefordert, offensiv die Position Bremens zu vertreten und seinerseits gegenläufige Forderungen zu erheben. Dafür gibt es überzeugende Argumente:

1. Steuerverteilung unter stärkerer Berücksichtigung der Wirtschaftskraft.
2. Erhöhung der Einwohnerwertung der Stadtstaaten entsprechend der Ausstattung von Hauptstädten in Flächenländern.

### *III. Bremen braucht einen Politikwechsel*

Bremen kann seine finanzielle Handlungsfähigkeit nur wiedergewinnen, wenn eine Lösung hinsichtlich der bestehenden Schulden gefunden wird. Bremen wird seine Position nur behaupten können, wenn es sein politisches Handeln nach der historischen Maxime von Bürgermeister Duckwitz ausrichtet, die da sinngemäß lautet: „Ein kleines Land wie Bremen muss sein Handeln so ausrichten, dass seine Existenz als Glücksfall für das Ganze angesehen wird“.

Dieser „Bremische Imperativ“ muss Richtschnur des politischen Handelns sein.

1. Bremen muss alle Einsparungsmöglichkeiten in seinen Haushalten ausschöpfen.
2. Bremen darf seinen Bürgern nicht Leistungen anbieten, die über das Niveau anderer Bundesländer hinausgehen.
3. Bremen war und ist als Versuchsfeld für rot-grüne Experimente überfordert.
4. Bremen gründet seine Selbständigkeit insbesondere auf die Aufgabe als Universalhafen. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, dürfen nicht bestimmte Güter vom Umschlag ausgeschlossen werden.
5. Bremen muss in der Bildungspolitik vorn sein. Die weit unterdurchschnittlichen Ergebnisse bremischer Schüler bei vergleichenden Untersuchungen sind Folgen bildungspolitischer Fehlentscheidungen.
6. Bremische Politik muss geprägt sein von mehr Realitätssinn und weniger ideologischem Wunschenken. Sie muss sich deshalb auf die Zeit nach 2019 vorbereiten, wenn der Länderfinanzausgleich neu gestaltet wird.

Nur so kann Bremen Selbständigkeit gesichert werden.